

De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt



Dezember 2016

www.dkp-koeln.de

Initiative gegen den Planungsirrsinn

Seit Herbst 2015 ist eine Initiative allwöchentlich gegen die Planung des oberirdischen Abschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn auf der *Bonner Strasse* aktiv, denn sie verschlechtert massiv die Lebensqualität in den südlichen Stadtteilen und eine Reduzierung des Autoverkehrs ist nicht erkennbar.

Der Stadtbahnbau wird in einigen Jahren den Anwohnern noch teuer aufstoßen, denn die Baumaßnahmen im Straßenertergrund (Verlegen von Elektro-, Gas-, Telefon- und Wasserleitungen), werden dann auf die Anlieger abgewälzt werden.

knoten nährt Ängste, dass der Verwaltungssprech, „Funktionsschwächen sind festzustellen in der südlichen Ringerschließung des Hauptverkehrszuges *Schönhauser Straße / Marktstraße / Bischofsweg / Vorgebirgsstraße / Am Vorgebirgstor / Pohligstraße*“, in naher Zukunft zum Weiterbau der Inneren Kanalstraße bis zum Rheinufer führt.

Südlich dieser Kreuzung werden auf der *Bonner Straße* rund 300 Bäume gefällt. Die Gesundheit der Anwohner wird massiv beeinträchtigt, denn eine Allee



Was sind die Knackpunkte des Bürgerprotests?

Der Ausbau der Kreuzung *Schönhauser Straße* zu einem gigantischen Verkehrs-

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- LEG-Mieter im Kalten
- Armut und Überschuldung in Köln
- Wählt Walter
- Über Kunst und Kultur
- Landtagswahl Mai 2017

senkt im Sommer die Temperatur um 3° C und ist ein wichtiger Aspekt angesichts der Klimaerwärmung.

An der *Siedlung Heidekaul* soll ein Parkhaus mit ca. 600 Stellplätzen auf sechs Etagen, für Umsteiger vom PKW auf die Stadtbahn entstehen. Doch wer sich aus dem Süden durch den Stau auf der A 555 durchkämpft, wird wohl kaum das Angebot für die restlichen 2 bis 5 Kilometer Weges nutzen.

Die Initiative entfaltete zahlreiche Aktivitäten, um Alternativen zum Abholzen und Betonieren aufzuzeigen. Finanzkräftige, solidarische Bürger aus *Marienburg* eröffneten neue Möglichkeiten: Es fanden zwei Symposien mit renommierten Verkehrswissenschaftlern statt, die die städtische Planung zerpfückten und alternative Lösungen erarbeiteten.

Ein Zusammenschluss von Bürgervereinen des Kölner Südens forderte ein Planungsmoratorium von der Oberbürgermeisterin, Frau Reker. Dies stieß jedoch bei Verwaltung und Politik auf taube Ohren. Deren Sturheit führte letztendlich zur Klage dreier Kölner Bürger gegen die Planung vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster. Ein Urteil wird möglicherweise noch dieses Jahr gefällt. Droht schlimmstenfalls der Kahlschlag im Winter?

Die Initiative trifft sich donnerstags um 19:00 Uhr im *Ristorante da Orazio*, Brühler Straße 26

<http://www.nabis.de/>

Dipl. Ing. Hans Peter Arenz

Investmentbank Goldman Sachs (USA) lässt Mieter (Stollwerck, Köln) im Kalten sitzen

Seit geraumer Zeit, eigentlich nicht immer, aber immer dann wenn es kalt ist, erleben die Mieter der Wohnungen im Bestand der LEG einen Komplettausfall der Heizungsanlage im gesamten Block. Obwohl es schon komisch ist, dass es immer wieder vorkommt, denkt man doch zunächst, dass alles mal kaputt gehen kann und einfach wieder repariert werden muß.

Zumal es auch auf der Webpräsenz der LEG heißt:

„Wir investieren gezielt in unsere Bestände, um die Qualität unseres Immobilienportfolios zu erhalten ...“

Tatsächlich aber reagiert niemand bei der LEG, kein Sachbearbeiter nicht und auch die ganze LEG nicht, auf keine der laufenden Schadensmeldungen der Mieter. Telefonate werden vom Anrufbeantworter bearbeitet und e-mails, muß man wohl vermuten, landen im Spam-Ordner. Es geschieht einfach nichts! Und so kommt es, dass der oben begonnene Satz von der LEG auch folgendermaßen zu Ende geführt werden kann:

„ ... und weisen im Wettbewerbsvergleich die höchste Kapitaleffizienz auf.“

Wie ist das zu erklären?

Die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung (LEG) wurde am 10. Juni 2008 mit Wirkung zum 28. August 2008 („Vollzugstag“) an die von der amerikanischen

Investmentbank Goldman Sachs aufgelegten „Whitehall Real Estate Funds“ verkauft.

Bis zur Privatisierung gehörte die LEG Wohnen GmbH zu etwa 68 % der „Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH“, zu 22 % der NRW.Bank. Die Landesanteile an der LEG Wohnen GmbH wurden in einem Bieterverfahren durch die von der CDU und der F.D.P. getragenen Landesregierung mit Auflagen (Sozialcharta) verkauft. Der Verkauf wurde von der Landtagsopposition, den Mieterorganisationen und Gewerkschaften abgelehnt. Gegen den Verkauf hatte sich eine Volksinitiative gebildet. Sie hätte etwa



66.000 Unterschriften benötigt, damit der Landtag sich noch einmal mit diesem Thema befasst. Die Volksinitiative verfehlte dieses Ziel knapp.

Im Frühjahr 2013 ging das nunmehr als LEG bezeichnete Unternehmen an die Börse. Am 30. April 2013 wurde bekannt, dass die LEG erstmals eine Dividende zahlen will. Im Geschäftsjahre 2015 nahm die LEG aus Vermietung und Verpachtung 645 Mio. € ein.

Die LEG läßt die Katze aus dem Sack: Auf der LEG website heißt es: „Unsere Wachstumsstrategie in Verbindung mit einer strikten Kostendisziplin sorgt für eine führende Profitabilität, die wir im Sinne aller Stakeholder noch weiter ausbauen. Für unsere Aktionäre schaffen wir damit gleichzeitig eine Grundlage für steigende attraktive Dividenden.“

Die LEG „sorgt für ihre Aktionäre“ - die Mieter der LEG sorgen für ihre Rechte.

Die oben angesprochene Volksinitiative lebt noch. Sie ist jetzt unter dem Namen „LEG-Aktionsbündnis: MieterForum Ruhr“ im Internet unter <http://www.mieterforum-ruhr.de/53.html> erreichbar.

Dort kann man übrigens auch sehen, dass die Mieter aus dem Stollwerk mit ihren LEG-Erfahrungen nicht allein sind. Beim Verkauf der LEG wurden die neuen Eigentümer verpflichtet (Sozialcharta) Mieterbeiräte zu gründen und deren Arbeit zu fördern. „Sind sie daran interessiert, einen solchen Mieterbeirat ins Leben zu rufen und benötigen Unterstützung, so stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir helfen Ihnen ganz konkret bei den ersten Schritten. Nur mit Ihrem persönlichen Engagement kann es gelingen, den öffentlichen Druck auf Whitehall aufrecht zu erhalten!“ aus Aktionsbündnis Zukunft der LEG, heute: LEG-Aktionsbündnis: MieterForum Ruhr.

Dem können wir uns nur anschließen.

Raimund

Armut und Überschuldung in Köln

12,5 Millionen der 82,2 Millionen Menschen in Deutschland sind arm. Das sind 15,4 Prozent, also jeder sechste bis siebte Mensch. Das stellten die Wohlfahrtsverbände im Februar fest. In Berlin und Nordrhein-Westfalen sind die Armutsquoten seit 2006 kontinuierlich gestiegen und die Armut doppelt so stark gewachsen wie im Rest der Republik. In Köln sind es mittlerweile 17,5 Prozent, also fast jeder fünfte Einwohner - Säuglinge und Greise eingeschlossen.

In Deutschland versorgen 60 000 Helfer der sogenannten Tafeln in 3000 Ausgabestellen regelmäßig mehr als 1,5 Millionen bedürftige Personen mit Lebensmitteln. Ein Drittel davon waren im vergangenen Jahr Kinder und Jugendliche. Der Anteil der Rentnerinnen und Rentner ist dramatisch gewachsen. Noch im Jahr 2007 waren 12 Prozent der Tafelkunden im nacherwerbstätigen Alter. Ihre Zahl ist laut aktueller Tafel-Umfrage unterdessen auf knapp 24 Prozent angestiegen. Sie hat sich verdoppelt.

Im November berichtete die Kölnische Rundschau (KR) aus dem Schuldneratlas der Auskunft Creditreform. Die Verschuldung nimmt zu. Mittlerweile gelten 6,85 Mio Menschen über 18 Jahre als zahlungsunfähig, 1,9 % mehr als vor einem Jahr. Das sind 10,06 Prozent, bezogen auf die Zahl der Deutschen über 18 Jahre. Die Gesamtschulden der privaten Haushalte in Deutschland betragen 235 Milliarden Euro. In Köln sind 103 350

Personen überschuldet, das ist eine Quote von 11,84 Prozent. Sie sind ungleich verteilt. Relativ wenige sind es in Klettenberg und Lindenthal: 5,1 Prozent. In Kalk 21 Prozent, Gremberghoven kommt gar auf 27,5 Prozent, das bedeutet mehr als jeder vierte über 18.

Köln rangiert auf Platz 8 der 10 verschuldetsten Großstädte (mit über 400 000 Einwohnern).

Laut Statistischem Bundesamt liegen Hauptauslöser der Überschuldung überwiegend außerhalb der Kontrolle der Überschuldeten. Heute seien Sucht, Unfälle und gescheiterte Immobilienfinanzierungen die Auslöser, sagt die KR. Wir stellen fest: Auslöser sind nicht Ursachen. Die liegen in einem Gesellschaftssystem, das Reiche immer reicher, Arme nur ärmer, allenfalls zahlreicher macht.

Paula Pawlik

Wählt Walter!

Schon einmal wollte der Kunstarbeiter aus der kölschen Südstadt über die Erststimme in den NRW-Landtag zu Düsseldorf einziehen. Über 50 % hätte er gebraucht, 0,25% sind dann geworden. Der Vorsitzende eines Kulturvereins, Chef der Underground-Kultshow "MeineFresseClub", Mitglied der DKP und der Köln-Düsseldorfer-Freundschaft (Kö-DüFreu) sowie Neumitglied des Natur-, Kultur- und Bildungsschutzvereins "Na-



bis" ist ein überzeugter Marktverlierer und kennt die Interessen und Nöte all der vielen anderen Loser.

Für einen Aussenseiter, Kunstmarkt- und Medienverweigerer ist er jedoch hoch vernetzt und bei weitem nicht nur in Köln aktiv. Seine bedeutendste Veröffentlichung dürfte "Et kummenistische Manifest op Kölsch" sein. Doch lassen wir die Biografie, in jeder Polizeiakte kann man sich genauer informieren. Künstler, Kiffer, Kommunist! Warum sollte man den denn wählen? World-Wide-Walter vertritt jedoch eine klare Linie, er will Veränderungen, vor seiner Tür und überall. Ein breitgestreutes nonvirtuelles Kulturleben, eine andere Verkehrs- und

lockeren Umgang mit Flüchtlingen und Imis, ein buntes, lautes und selbstverwaltetes Köln - und am liebsten: die Rheinische Volksrepublik als Teil eines wirklich einigen Europas mit überall den gleichen sozialen Standards. Im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen warnt er vor den Folgen auch für Freiberufler: "Hände weg von der Künstlersozialkasse". Köln hat sich gegen diese Knebelabkommen entschieden - NRW könnte sie mit seiner Stimme im Bundesrat blockieren.

Gut, ich hab jetzt Kommunal- Landes- Bundes- und Europapolitik zusammen geworfen.

Aber zu meiner Zeit (1793) habe ich in meinem "L'Ami du peuple" noch ganz andere Forderungen erhoben, die, leider auch zum Nachteil der Revolution, wahr wurden: 100.000 Köpfe müssen in den Sack husten!... Bleiben wir beim Thema:

Um überhaupt kandidieren zu können, benötigt Walter 100 Unterstützerunterschriften aus seinem Landtagswahlkreis 13 Köln 1. Wer diese Unterstützung leisten will, wende sich bitte an ihn direkt: 0221-329678 oder nc-stehliwa@net-colgne.de.

Keine Angst, der ist zwar verrückt, aber beißt nicht.

Herzlichst

Euer Hermann-Josef Marat



Umweltpolitik (Sozialticket in NRW), einen öffentlichen Wohnungsbau, einen

Über Kunst und Kultur - Teil 1

von Walter Stehling

Kunst und Kultur sind nicht dasselbe, bedingen aber einander. Der wichtigste Faktor ist die Arbeit. "Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit", wusste schon Karl Valentin.

Friedrich Engels fasst es in seiner Abhandlung *Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen*, 1876 konkreter:

"Das Tier benutzt die äussere Natur bloss und bringt Änderungen in ihr einfach nur durch seine Anwesenheit zustande; der Mensch macht sie durch seine Änderungen seinen Zwecken dienstbar, beherrscht sie. Und das ist der letzte, wesentliche Unterschied des Menschen zu den anderen Tieren; und es ist wieder die Arbeit, die diesen Unterschied bewirkt."

Karl Marx definiert das Wesen der Kunst aus der Notwendigkeit, eine Naturkraft gesellschaftlich zu kontrollieren und durch Werke von Menschenhand zu zähmen.

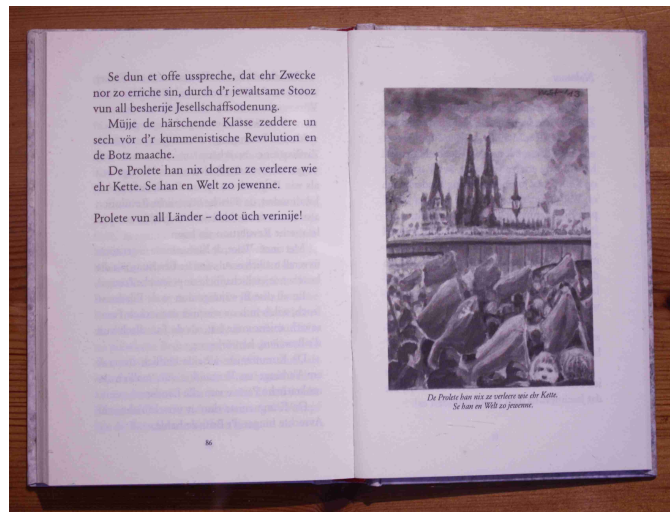
"So entstand die Kultur, durch ökonomische Eingriffe, mit Wasserregulierung, Urbarmachung, Ackerbau, Industrie." (Zur Kritik der politischen Ökonomie, 1857)

Einhergehend damit entstanden auch die berühmten sieben Künste der Antike.

Tatsächlich ist der künstlerische Ausdruck älter als die kulturelle Entwick-

lung. Die künstlerische Betätigung, die Bildhauerei, die Malerei, die Musik und vor allem der Tanz reichen zurück in eine prähistorische Zeit, in der man vom Menschen im heutigen Sinne noch gar nicht reden kann.

Marx stellt ein unegales Verhältnis der Entwicklung der materiellen Produktion zur künstlerischen fest: "Bei der Kunst ist bekannt, dass bestimmte Blütezeiten



Walter Stehling „*Et kummenistische Manifeß op Kölsch*“
 ISBN 978-3-9816710-0-1, 11 €
 0221-329678 oder nc-stehliwa@netcolgne.de

derselben keineswegs im Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft, also auch der materiellen Grundlage, gleichsam des Knochenbaus ihrer Organisation stehen. Z.B. die Griechen und Shakespeare."

Künstlerische Formen, etwa aus der Mythologie der Antike wurden über Jahrtausende durch die Volksphantasie verarbeitet.

Aber: Obwohl dem Künstler ein reich-

haltiges Material aus allen Zeiten zur Verfügung steht, ist auch er gebunden an die jeweiligen Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse seiner Zeit. Es ist für ihn daher immer das einfachste, sich den Herren seiner Zeit anzudienen, sich zu prostituieren. Wieland Herzfelde, Bruder des berühmten John Heartfield: "Der Künstler ist ein Arbeiter, und er wird wie die anderen ausgebeutet. Trotzdem ist er kein Prolet, denn er hat keine Kameraden, sondern nur Rivalen und Konkurrenten, seine Existenz ist bürgerlich." (Gesellschaft, Künstler und Kommunismus, 1921)

Der "freie Künstler" ist ein Mythos, er hat in jeder Klassengesellschaft seinem Herrn zu dienen, bei Strafe der Nichtbeachtung. Peter Burke, Soziologe und Historiker, spricht von der Herausbildung eines höheren Stranges, dem der jeweilig vorherrschenden Kulturauffassung und -verwertung, und dem niederen Strang der Kultur des Volkes, der Kultur der Beherrschten. In dem Maße, wie der herrschende Strang der Hochkultur des niederen Stranges der Volkskultur bedurfte, als Ideenquell z.B., indem Maße bekämpfte er diesen mit dem Ziel, sich diese Kräfte einzuverleiben und nutzbar zu machen. (wird fortgesetzt)

Impressum:

Herausgeber:

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Klaus Stein

Bayenstraße 11, 50670 Köln

Landtagswahl Mai 2017 DKP Köln in Belgien

Am 14. Mai 2017 wird ein neuer Landtag gewählt. Ahnen wir, welches Gewicht, welche Folgen diese Wahlen haben? Jetzt wo auch durch die Wahl von Trump der Rechtspopulismus ins Zentrum des Imperialismus, den USA, angekommen ist? Das war Thema unseres landespolitischen Seminars in Jalhay/Belgien.

Bei den Landtagswahlen im Mai 2005 musste die SPD wegen Hartz IV eine krachende Niederlage hinnehmen. Prompt wurde wenige Monate später Bundeskanzler Schröder abgewählt. Auch die NRW-Wahlen vom kommenden Mai werden auf die Bundestagswahlen im September 2017 abstrahlen.

Welchen Einfluss können wir nehmen? Wir waren uns einig: zunächst müssen wir mit unseren bescheidenen Kräften dazu beitragen, dass die Rechtsentwicklung und namentlich die AfD aufgehalten wird. Gegen rechte Demagogie ist nur ein Gras gewachsen: durch Bewegung auf der Straße gegen Faschismus und Krieg, gegen die Wohnungsnot, für günstige Mieten, bessere Bildung und Ausbildung, für mehr Demokratie. Die Kandidaten, die Parteien sind daran zu messen, ob sie solche Bewegung fördern. Wir nominieren Kandidaten für zwei Kölner Wahlkreise.

Vier Skandale führten zu Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen des

Landtages in der laufenden Legislaturperiode: Die Kölner Silvesternacht, die Abwicklung der WestLB, der Korruptionsherd Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes und die Zusammenarbeit von Landesbehörden mit dem rechtsterroristischen NSU. Wir hören aber nur über die Silvesternacht. Offenbar schweigen die anderen Untersuchungsausschüsse oder die Medien über die Ergebnisse ihrer Untersuchung.

Deswegen diskutierten wir die Korruptionsfälle des BLB. Immerhin beschäftigen sich mittlerweile Gerichte mit diesen Fällen. Köln ist durch den Verkauf der sogenannten Domgärten durch die Adenauerenkel und das Geschäftsgebaren von Göttlich bei der Verwertung von Grundstücken der ehemaligen Chemischen Fabrik Kalk mehrfach betroffen. Das „Immobilienportfolio“ des BLB ist sehr umfangreich: Der BLB verwaltet 4604 Gebäude, Mietflächen von insgesamt 10,5 Mio qm und macht einen Mietumsatz von 1,2 Mrd Euro allein im Jahr

2013. Gemessen an diesen Kennzahlen stünde der BLB NRW als Immobilienunternehmen an zweiter Stelle der europäischen Immobilienunternehmen. Wert: neun Milliarden Euro. Tatsächlich hat der BLB die Aufgabe, die Liegenschaften des Landes „nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirt-



schaften, zu entwickeln und zu verwerten und dabei die baupolitischen Ziele des Landes zu beachten.“ (§ 2,1 BLBG). Das macht aber das Bauen teuer und führt fast zwangsläufig zu Korruptionsfällen. Wir warten gespannt auf den Schlussbericht des Untersuchungsausschusses.

Weitere Themen unseres Seminars waren TTIP, Ceta, Verkehr, Bildung, Kultur, Energiekosten und Braunkohle, Wohnen und Mieten. Zum Nachlesen:

<http://dkp-rheinland-westfalen.de/index.php/landtagswahl/3155-seminar>

Klaus Stein

**Unser nächster Gruppenabend:
3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!